

dem und den ökonomisch schwach entwickelten Ländern wird immer größer (->- *Integration*). Die Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern basiert auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus werden auch bei der Gestaltung der ökonomischen Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander angewandt, die bei voller Gleichberechtigung und zum gegenseitigen Vorteil aller Partner zusammenarbeiten. Durch die gleichen gesellschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern bestehen günstige Bedingungen, die Tendenz der I. planmäßig zur Entwicklung des sozialistischen Weltsystems als Ganzes und für die Festigung der nationalen Volkswirtschaften zu nutzen (->- *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe*). Die sozialistische Arbeitsteilung führt zu einem hohen Wachstumstempo der nationalen Volkswirtschaften der sozialistischen Länder.

Internierung: Freiheitsbeschränkung, die im Kriegsfall ein kriegführender Staat aus Gründen des Selbstschutzes gegen die in seinem Hoheitsbereich befindlichen Bürger des Gegnerstaates verhängt (Zivil-I.). Auch ein neutraler Staat kann eine I. für Angehörige der kriegführenden Streitkräfte anordnen (militärische I.); sie dient dann der strengen Wahrung der Neutralität. Der I. dienen gewöhnlich bestimmte I.slager. Völkerrechtliche Grundlage für I. sind die Haager Konvention von 1907 und die Genfer Konvention von 1949. Internierte Personen müssen von dem Staat, in dessen Gewalt sie sich befinden, auf freien Fuß gesetzt werden, sobald die Gründe, die zur I. führten, nicht mehr bestehen.

Interparlamentarische Union (IPU): nichtstaatliche internationale Organisation; am 30. 6. 1889 in Paris von pazifistisch eingestellten Parlamentariern aus verschiedenen Ländern gegründet. Das Ziel der IPU besteht in der Förderung der Zusammenarbeit der Mitglieder aller Parlamente, die sich zu nationalen Gruppen konstituiert haben, um in diesem Rahmen zur Festigung des Friedens beizutragen. Die IPU will sich deshalb mit allen internationalen Problemen befassen, die durch die parlamentarische Tätigkeit gefördert bzw. gelöst werden können. Sie unterstützt die demokratischen Institutionen in den Mitgliedsländern und tritt für Gedankenaustausch sowie für persönliche Kontakte zwischen Parlamentariern aus den verschiedenen Staaten ein. Höchstes Organ der IPU ist die Interparlamentarische Konferenz. Der Interparlamentarische Rat setzt sich aus zwei von ihrer jeweiligen Gruppe delegierten Mitgliedern zusammen. Der Rat wählt seinen Präsidenten. Die Konferenz wählt aus den Reihen des Rates das Exekutivkomitee. Das Exekutivkomitee ist das Verwaltungsorgan der IPU und überträgt dem Interparlamentarischen Büro die Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Die Leitung des Interparlamentarischen Büros obliegt dem Generalsekretär, der vom Rat ernannt wird. Amtierender Präsident der IPU: A. Abdennebi (Tunesien). Die IPU setzt sich aus rd. 75 nationalen Gruppen (1966) zusammen; ein Parlament kann sich zu einer nationalen Gruppe konstituieren. Die Abgeordneten der Volkskammer der DDR haben sich ebenfalls zu einer nationalen Gruppe (Interparlamentarische Gruppe der DDR) zusammengeschlossen. Nach ihrer Konstituierung am 25. 6. 1955 er-